



19. April 2026

Vorstandsbereich 1  
Politik/Kommunikation/  
Organisation

Nils Hindersmann  
Vorstandssekretär

## Stellungnahme 2. Energiesteuersenkungsgesetz

### **Bewertung des Gesetzentwurfs**

Die IGBCE und die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßen die kurzfristige Senkung der Energiesteuer um 17 Cent ausdrücklich. Viele Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land werden dadurch spürbar entlastet. Diese Maßnahme wird einfach und schnell wirken. Es hängt jetzt allerdings viel von einer zügigen Umsetzung ab.

Wir sehen aber auch Risiken. Ohne wirksame Vorgaben für die Mineralölanbieter, die Steuersenkung weiterzugeben, kommt ggf. die Entlastung nicht 1:1 bei den Pendlerinnen und Pendlern an. Selbst wenn jetzt schnell die Beschlüsse gefasst werden, ist vor Mai mit keiner Entlastung zu rechnen.

Auch die Betriebskosten in unseren Unternehmen werden dadurch etwas sinken. Das hilft bei den ohnehin schon hohen Energiekosten in Deutschland. Die Wirkung - gerade bei den energieintensiven Unternehmen - wird allerdings überschaubar bleiben und die Wettbewerbssituation nicht wirklich verbessern.

Zur Gegenfinanzierung der Maßnahmen soll die Erhebung einer Übergewinnsteuer herangezogen werden. Grundsätzlich begrüßen wir dieses Instrument ausdrücklich. Allerdings bleibt hier noch Vieles unklar. Für uns als IGBCE ist daher wichtig zu vermerken, dass Übergewinne nur dort besteuert werden können, wo sie tatsächlich auch anfallen.

Aus dem Alltag kann ich berichten, dass wir es mit einem Raffineriesterben in Deutschland zu tun haben. Zahlreiche Unternehmen trennen sich von ihren entsprechenden Beteiligungen oder ganze Standorte wie in Gelsenkirchen stehen zum Verkauf. Die gewerkschaftliche Realität ist eher, dass Arbeitsplätze abgebaut werden und wir Sozialpläne verhandeln - und zwar nicht, um die Rendite zu erhöhen, sondern um die Standorte zu retten.

Die Raffinerielandschaft in Deutschland ist seit Jahren von Investitionsstau und Personalabbau geprägt. Insofern wäre es aus Sicht der IG BCE sinnvoller, mögliche Übergewinne für Zukunftsinvestitionen zu verwenden. So ließen sich Gewinnverwendungsvorgaben regeln, die zu Investitionen in die vorhandenen Standorte, in Beschäftigung, Mitbestimmung und Tarifbindung verpflichten.

### **Zeitliche Befristung der Maßnahme**

Die Laufzeit von zwei Monaten wird aus unserer Sicht nicht ausreichen. Allerdings ist diese Aussage stark abhängig davon, wie lange die Rohölpreise auf dem aktuell hohen Preisniveau verharren oder sogar noch steigen. Die Senkung der Mineralölsteuer ist bisher nur gesetzlich möglich. Daher ist eine Verlängerung über zwei Monate hinaus nicht so einfach umzusetzen, sondern bedarf eines neuen Gesetzes. Wir regen folglich an, ein flexibleres Instrument zu schaffen.

Steigen die Preise weiter, und hält die Krise länger an, werden weitere Maßnahmen erforderlich sein. Notfalls brauchen wir einen neuen Doppel-Wumms. Was wir auf jeden Fall brauchen, ist ein Mix aus Maßnahmen, die kurzfristig wirken, aber auch langfristig für mehr Resilienz sorgen.

### **Langfristige Maßnahmen**

Neben den bereits diskutierten kurzfristig wirkenden Instrumenten bedarf es auch langfristiger Maßnahmen. Dazu gehört eine Ausweitung des Energieangebots. Einerseits sind so geopolitische Abhängigkeiten zu minimieren und andererseits eine wettbewerbsfähige Energieversorgung in der Zukunft sicherzustellen.

Eine Frage ist z.B.: wie gehen wir mit den eigenen Erdgasreserven in unserem Land um. Bislang haben wir gesellschaftlich offenbar kein Problem damit Frackinggas zu importieren. Die unkonventionelle Förderung von Erdgas in Deutschland findet hingegen keine politische Mehrheit. Unsere eigenen Reserven würden zumindest für die Zeit des Übergangs vom fossilen ins defossile Zeitalter reichen und Preisschwankungen, wie wir sie derzeit haben, deutlich glätten.

Darüber hinaus muss der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorangetrieben werden. Es muss aber gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben. Die Frage ist: Gelingt es die Erneuerbaren so auszubauen, dass Versorgungssicherheit und Netzstabilität gewährleistet sind, auch wenn die Kohlekraftwerke schrittweise bis 2038 vom Netz gehen.

Außerdem ist festzustellen, dass in absehbarer Zeit der Bedarf an fossilen Kraftstoffen weiterhin bestehen wird. Nicht nur für die Nutzung von PKW, sondern auch unter anderem für die Nutzung in verschiedenen Wirtschaftszweigen und dem Militär. Insofern schlägt die IG BCE neben der Ausweitung der strategischen Reserven auch den Aufbau bundeseigener Produktionskapazitäten vor, um Resilienz zu stärken und den Versorgungsauftrag langfristig sicherzustellen. Viele Länder verfügen zumindest über nennenswerte Anteile an Mineralölunternehmen und können so strategische Industriepolitik betreiben und den Versorgungsauftrag für die gesellschaftlichen Sektoren sicherstellen.

## **Weitere Maßnahmen**

### **Entlastungsprämie**

Die Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro in 2022 war ein voller Erfolg. Wir haben in so ziemlich allen Tarifbereichen die Prämie durchsetzen können. Die Mitglieder haben diese Zahlung ausdrücklich begrüßt. Grundsätzlich ist es vor allem in den Betrieben gelungen, die Prämie zur Auszahlung zu bringen, die mitbestimmt und tarifgebunden sind.

Aktuell spüren wir schon den Druck, erneut eine solche Prämie auszuschütten. Nach der Ankündigung der Koalition vom 13. April, erneut eine Prämie von 1.000 Euro beitrags- und steuerfrei zu stellen, haben wir zahlreiche Anfragen dazu erhalten. Die wirtschaftliche Lage unserer Unternehmen ist jetzt aber eine andere als 2022. Daher ist jetzt der Druck auf die Tarifvertragsparteien sehr groß. Konkret stehen wir vor der Herausforderung, dass wesentliche Tarifrunden bereits abgeschlossen sind.

Daher sollte der geplante mögliche Auszahlungszeitraum über den bisher angekündigten Stichtag hinaus verlängert werden bspw. bis 31.12.2027. Der Stichtag sollte auch auf den Beginn der „Ölkrise“ Anfang März gelegt werden. Der Tarifabschluss in der Chemieindustrie von Ende März ist im Lichte der letzten geopolitischen Ereignisse abgeschlossen worden. Wir haben für dieses Jahr bereits eine Einmalzahlung mit den Arbeitgebern vereinbart, auf die nach jetziger Rechtslage allerdings Steuern und Beiträge fällig würden.

### **Reform der Einkommensteuer**

Als IG BCE haben wir die fortwährende kalte Progression in der Einkommensteuer kritisiert. Regelmäßig wurden tarifpolitische Erfolge durch die Steuerprogression zunichte gemacht. Anders als eine regelbasierte periodisch wiederkehrende Rechtsverschiebung des Tarifs, fordern wir seit langem eine grundlegende Reform des sogenannten „Mittelstandsbauchs“ sowie eine Anhebung des Grundfreibetrags.

Aus den Ankündigungen der Koalition vom 13. April 2026 entnehmen wir, dass die geplante Einkommensteuerreform für eine Entlastung beim Mittelstandsbauch sorgen soll. Wir fordern allerdings im Gegenzug auch eine Gegenfinanzierung, vorzugsweise durch eine stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine höhere Besteuerung von Erbschaften.

### **Absenkung Stromsteuer**

Als IG BCE begrüßen wir auch eine Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum. Wir wissen aber auch, dass die Maßnahme den Bundeshaushalt mit Mindereinnahmen von 5 Milliarden Euro pro Jahr belastet. Aus unserer Sicht ist es derzeit jedoch wichtiger unsere im internationalen Wettbewerb stehenden energieintensiven Unternehmen zu entlasten. Strompreiskompensation und Industriestrompreis belasten den Haushalt ja bereits und werden auch noch so lange gebraucht, bis die Strom- und Energiepreise in Deutschland international wieder wettbewerbsfähig sind.

### **Erhöhung der Pendlerpauschale**

Eine Erhöhung der Pendlerpauschale ist eine Maßnahme, die nicht schnell und zielgerichtet wirkt. Zum einen werden höhere Einkommen stärker entlastet als die unteren. Zum anderen besteht ein erheblicher Zeitverzug. In der Regel wirkt die Maßnahme erst mit dem Lohnsteuerjahresausgleich also frühestens in 2027. Daher ist die Absenkung der Energiesteuer dieser Maßnahme zunächst vorzuziehen. Steigen die Kosten von Mobilität jedoch weiter, ist auch eine Anhebung der Pendlerpauschale erforderlich.